

## Präsidentenwahlen in Rußland: Zur Diskussion um wirtschaftspolitische Alternativen

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (1996). *Präsidentenwahlen in Rußland: Zur Diskussion um wirtschaftspolitische Alternativen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 33/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46298>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **Präsidentschaftswahlen in Rußland: Zur Diskussion um wirtschaftspolitische Alternativen**

### **Zusammenfassung**

Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Rußland wird wesentlich von der wirtschaftlichen Lage des Landes, wie sie sich in den Augen der Wähler darstellt, bestimmt werden. Während B. Jelzin durch "Wahlgeschenke" Wähler an sich binden möchte, knüpft der Kandidat des "volkspatriotischen" Wahlbündnisses und Vorsitzender der KP Rußlands, G. Sjuganow, an die enttäuschten Hoffnungen der Verlierer im Transformationsprozeß an.

Der Wahlausgang wird voraussichtlich weitreichende Konsequenzen für den Fortgang der wirtschaftlichen Umgestaltung in Rußland haben. Bei einem Sieg Jelzins ist, von Kurskorrekturen abgesehen, mit einer Fortsetzung des eingeschlagenen Reformweges zu rechnen. Ein Wahlsieg Sjuganows würde dagegen eine grundlegende Neuorientierung der Wirtschaftspolitik zur Folge haben, wenn er den Versuch macht, sein Wahlprogramm zu verwirklichen. Seine aus programmatischen Dokumenten ablesbaren wirtschaftspolitischen Vorstellungen sprengen den Rahmen des marktwirtschaftlichen Systems und würden Rußland in die Periode der Stagnation zurückwerfen. Auch wenn derartige Versuche unterbleiben sollten, würden sich Reaktionen des Marktes ergeben, die die Wirtschaftslage destabilisieren müßten.

Sjuganows Strategie hat einen rationalen Kern im Rahmen eines Szenario der wirtschaftlichen "Isolation" Rußlands, während Jelzins Kurs dem Szenario der "Außenorientierung" entspricht.

Von Sjuganows Strategie können sich die Rüstungsindustrie, Teile der zivilen verarbeitenden Industrie und die Landwirtschaft Vorteile versprechen; entsprechend begrenzt dürfte seine gesellschaftliche Basis sein.

Von den meisten Beobachtern werden dem Amtsinhaber B. Jelzin die besten Chancen auf den Präsidentenposten eingeräumt. Jelzin zieht im Vorfeld der Wahlen alle Register des Populismus, um Stimmen für sich zu gewinnen und verfällt dabei in die schon aus früheren Wahlkämpfen bekannte Praktik, später nicht finanzierbare Wahlgeschenke zu verteilen. So ordnete er die Auszahlung überfälliger Gehälter für Staatsbedienstete an, versprach der Rüstungsindustrie und der Landwirtschaft weitere Subventionen, redet vom Schutz der einheimischen Produzenten, stellt Steuererleichterungen in Aussicht usw.<sup>1</sup> Es ist allerdings nicht nachprüfbar, in welchem Umfang seine Versprechungen Glauben finden.

<sup>1</sup>

Vgl. auch G. Chlebnikow, Rußland vor der Wende?, in: Wostok, 3, 1996, S. 21ff.

Der Kandidat des "volkspatriotischen Wahlbündnisses" und Chef der Kommunistischen Partei Rußlands, G. Sjuganow, hat ebenfalls keine geringen Chancen. Dafür sind nicht zuletzt wirtschaftliche Gründe verantwortlich. Vor allem die Rentner und andere "Verlierer der Transformation" könnten von Sjuganows Wahlversprechen angezogen werden, die an tief verankerte Auffassungen von egalitären Verhältnissen und die Allzuständigkeit des Staates anknüpfen.

Im Folgenden wird auf die grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Alternativen eingegangen, die in Rußland im Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl 1996 diskutiert werden. Im Vordergrund stehen die Positionen der beiden bereits genannten Hauptanwärter auf das Präsidentenamt und die sich daran anschließende Kritik und Analyse. Weil sie vergleichsweise unbekannt ist, wird der Konzeption Sjuganows der größere Raum gewidmet.

### **Zur Diskussion um wirtschaftspolitische Alternativen**

Trotz gegenteiliger Äußerungen gehen die Vorstellungen Sjuganows bzw. der ihn stützenden Kräfte über den Rahmen des marktwirtschaftlichen Systems weit hinaus. Die von ihm repräsentierte Alternative besteht in einer Wende nach rückwärts mit dem Ziel einer Wiedererrichtung einer sozialistischen Wirtschaft.<sup>2</sup> Dies würde letztlich eine weitgehende Abschaffung des Marktes bis hin zu einer Rückkehr zu Bezugsscheinen für Konsumgüter und der Planung der Betriebe in Naturaleinheiten bedeuten.

Das erträumte Wirtschaftswachstum dürfte allerdings ausbleiben, da für dieses auf der Ausnutzung "extensiver" Faktoren basierende Wachstumsmodell die Ressourcen (billig zu erschließende Rohstoffe, überschüssige Arbeitskräfte sowie der Enthusiasmus der Aufbauzeit) nicht mehr zur Verfügung stehen und es sehr schwierig sein dürfte, die für dieses Wirtschaftsmodell erforderliche Kontrolle der Wirtschaft durch die Partei wieder zu installieren. Der Versuch der Verwirklichung des Wirtschaftsprogramms der russischen KP müßte, falls man ihn ernsthaft unternähme, voraussichtlich nach einiger Zeit aufgegeben werden. Was darauf langfristig folgen würde, läßt sich kaum vorhersehen.

Von russischen Kommentatoren wird vor allem auf die unmittelbaren Auswirkungen eines Wahlsiegs Sjuganows verwiesen: Der prominenteste der "Reformökonom", der ehemalige amtierende Ministerpräsident (und Bewerber um das Präsidentenamt) Jegor Gajdar prognostiziert bei einem Sieg Sjuganows als automatische Reaktion des Marktes (und bevor noch die kommunistische Wirtschaftsprogrammatische in Angriff genommen worden wäre) eine "Flucht in den Dollar" und darauf die Abschaffung der Konvertierbarkeit des Rubels, das Wiederauftreten von Schwarzmärkten für Devisen und Waren sowie eine starke Inflation, die wiederum die Wiedereinführung von staatlichen Preiskontrollen nach sich zöge.<sup>3</sup>

Der im Januar entlassene "Privatisierungsminister" und ehemalige stv. Ministerpräsident Anatolij Tschubais sieht bei einem Wahlsieg Sjuganows den Zusammenbruch der Finanzmärkte und des Geldkreislaufs in Rußland voraus.<sup>4</sup> Die Folgen wären seiner Meinung nach Streiks und Unruhen, das Ingangsetzen der Notenpresse, Inflation und als Reaktion darauf die Einführung von staatlich festgesetzten Preisen mit den bekannten weiteren Folgen dieses Schrittes. Der Zusammenbruch der

<sup>2</sup> Die Vorstellungen der KP der RF für eine neue Wirtschaftspolitik nach einem Wahlsieg ihres Kandidaten bestehen in knappen Bemerkungen im Parteiprogramm sowie in Wahlplattformen und Reden Sjuganows (vgl. die in Kommunist 2, 1996 abgedruckten Dokumente). Sie werden in der von M. Derjabina verfaßten Aktuelle Analyse des BIOst Nr. 34/ 1996 näher dargestellt. Eine Wirtschaftskonzeption der kommunistischen Partei, die nicht zur Veröffentlichung vorgesehen war, hat außerdem die Zeitung Kommersant' daily am 13.4.1996, S. 3, publiziert. Dort wird praktisch eine Rückkehr zu Zuständen wie in den Spätzeiten Breshnews oder bestenfalls in den Anfangsjahren der Perestrojka gefordert mit einer Wirtschaftslenkung durch eine Planungsbehörde (Gosplan), detaillierten Vierjahresplänen, einer Wiedereinführung des staatlichen Außenhandelsmonopols, staatlicher Preisregulierung, hohen Importzöllen und dem Kampf gegen Spekulation, der auf ein Abwürgen der privaten Wirtschaftstätigkeit hinausläuft.

<sup>3</sup> Interview mit E. Gajdar, in: Nezavisimaja gazeta, 30.3.1996, S. 3.

<sup>4</sup> Interview mit A. Čubais, in: Kommersant' daily, 26.3.1996, S. 1f.

monetären Steuerung der Wirtschaft nach einem Wahlsieg Sjuganows sei schon deshalb unvermeidlich, weil dieser über keine qualifizierten Wirtschaftsfachleute verfüge, sondern nur über Ökonomen aus der Sowjetzeit (wie etwa den ehemaligen Gosplanchef Masljudow), die mit der modernen Makroökonomie nicht vertraut sind.

Der Wirtschaftsberater Jelzin, Aleksandr Liwschitz, stellt ebenfalls Überlegungen darüber an, wie sich die ersten Schritte der Wirtschaftspolitik einer Regierung unter Sjuganow auswirken werden.<sup>5</sup> Er geht von einer deutlichen "Wende der Politik" aus, die - unabhängig wohin sie führen solle und ob sie gerechtfertigt sei - auf jeden Fall Finanzmittel erfordere, die nicht auf dem Kreditmarkt aufgenommen werden könnten. Er erwartet, daß zur Finanzierung der beabsichtigten Mehrausgaben das Haushaltsgesetz für 1996 sowie das Gesetz über die Zentralbank geändert werden müßten. Viele andere rechtliche Änderungen würden dann durch *Dekrete* des neuen Präsidenten erfolgen, der dadurch sein Versprechen, die bestehenden *Gesetze* nicht anzutasten, formal erfüllen könnte. Insbesondere würde die Privatisierung revidiert werden. Letzteres allerdings bestreitet Sjuganow, setzt sich damit aber in Widerspruch zu seiner eigenen Programmatik, die die Revision der Eigentumsbeziehungen verlangt.<sup>6</sup>

Zur Abwendung der eindeutig negativen wirtschaftlichen Folgen eines Wahlsieges Sjuganows wäre eine möglichst schnelle Rückkehr zum wirtschaftspolitischen Kurs der marktwirtschaftlichen Transformation erforderlich. Wie dies unter den dann gegebenen politischen Verhältnissen geschehen soll, kann hier nur angedeutet werden. Möglich wäre, daß ein Präsident Sjuganow auf Distanz zu seiner Anhängerschaft gehen und sich wie zuvor Jelzin vor allem auf einen selbst geschaffenen Präsidialapparat stützen könnte.<sup>7</sup> Ein derartiges Vorgehen würde dadurch erleichtert, daß die Anhänger Sjuganows sehr heterogene Gruppierungen umfassen und daher keine verpflichtenden Grundauffassungen repräsentieren können. Es wäre durchaus möglich, daß Sjuganow einen pragmatischen, nur verbal sozialistischen Werten verpflichteten wirtschaftspolitischen Kurs einschlagen und sich dabei auf ein breites Bündnis der "patriotischen Kräfte" stützen könnte.

Im Folgenden sollen einige Bemerkungen zur Einordnung der wirtschaftspolitischen Konzeption Sjuganows sowie der Wirtschaftspolitik unter Jelzin in Szenarien der wirtschaftlichen Entwicklung in Rußland gemacht werden.

### **Sjuganows Strategie als Szenario der "Isolation"**

Die Programmatik Sjuganows entspricht, wenn man sie von ihrer wahlkampfbedingten Rhetorik entkleidet, dem Szenario der "Isolation".<sup>8</sup> Das Gefühl einer Bedrohung von außen verbindet sich mit einem Schutzbedürfnis für die "heimische" Wirtschaft. Dies wird konkretisiert in der Sicherung der Monopolstellung der heimischen Erzeuger und der Erschwerung des Marktzutritts für neue Anbieter aus dem Ausland bzw. neugegründete Privatunternehmen aus dem Inland. Außenhandel und Kapitalimport werden auf wenige Sektoren beschränkt. Vor allem der Rohstoffsektor hält die Verbindung zur Weltwirtschaft, während in der restlichen Wirtschaft (vielleicht mit Ausnahme einiger Dienstleistungsbranchen, auf die man nicht mehr verzichten möchte wie z.B. einer westlichen Gastronomie und einigen international operierenden Banken) heimische Spielregeln gelten.

<sup>5</sup> Interview mit A. Livšic, in: *Nezavisimaja gazeta*, 9.4.1996, S. 1 und 4.

<sup>6</sup> In der Wahlplattform ist von einer "Demokratisierung der Eigentumsformen" und davon die Rede, daß der Staat dasjenige Eigentum schützt, das "der Gesellschaft nützt", vgl. *Kommunist*, 2, 1996, S. 8.

<sup>7</sup> Vgl. zu derartigen Spekulationen G. Gnauck, Vielleicht ist Jelzin doch nicht das kleinere Übel, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.5.1996, S. 6.

<sup>8</sup> Vgl. zu den im Folgenden dargestellten Szenarien P. Hare, *Structural Change in Russian Industry*, London 1996 (Hrsg. The Royal Institute of International Affairs), S. 37-39.

## **Jelzins Strategie als Szenario der "Außenorientierung"**

Bei aller Kritik an Schwächen und Unzulänglichkeiten der Wirtschaftsreformpolitik Rußlands unter seinem Präsidenten Jelzin muß man konstatieren, daß im Großen und Ganzen eine recht konsistente Politik der "Außenorientierung" verfolgt wurde. Diese umschloß Preis- und Handelsliberalisierung, die Privatisierung, den Aufbau von Institutionen einer Geldwirtschaft (z.B. eines zweistufigen Banksystems), die Herstellung weitgehender Konvertibilität der Währung einschließlich eines einheitlichen Markt-Wechselkurses usw. Der Umfang dirigistischer Eingriffe ist heute gering, sie beschränken sich auf Preiskontrollen für Energieträger sowie Subventionen und protektionistische Maßnahmen, die kaum über diejenigen hinausgehen, die in Westeuropa üblich sind.

## **Die Schwächen des Jelzin-Szenariums**

Die Wirtschaftspolitik unter Jelzin entspricht generell den Vorstellungen, die in westlichen Staaten und bei internationalen Kreditgebern von einer erfolgreichen Transformation verbreitet sind. Ihre Beibehaltung liegt auch im wirtschaftlichen Interesse des Westens an der Einbeziehung Rußlands in die internationale Arbeitsteilung sowie an der Ingangsetzung eines Wirtschaftsaufschwungs, der kostspielige Hilfsprogramme erübrigen würde. Allerdings hat die Öffnung der russischen Volkswirtschaft nach außen Rußland zumindest bislang bei weitem nicht die Vorteile erbracht, die ihr von den Reformern zugeschrieben wurden.<sup>9</sup>

Weite Teile der russischen Industrie haben sich als nicht konkurrenzfähig gegenüber ausländischen Erzeugern herausgestellt und die Märkte an die Auslandskonkurrenz verloren. Beispiele dafür bieten die gesamte verarbeitende Industrie, vor allem die Konsumelektronik und die Kfz-Industrie, aber auch die Textil- und Schuhindustrie sowie die Lebensmittelverarbeitung. Die Gründe dafür sind weit in der Vergangenheit zu suchen, als die Konsumgüter erzeugenden Zweige bei Investitionen vernachlässigt und vom Weltmarkt abgeschottet worden waren.<sup>10</sup> Zwar ist keineswegs unbestreitbar, daß ein geringeres Ausmaß der weltwirtschaftlichen Öffnung (d.h. hohe spezifische Importzölle) die Lage dieser Industrien nachhaltig verbessert und nicht nur ihren Niedergang etwas verzögert hätte, doch liefert die beschriebene Entwicklung den Gegnern der Außenöffnung leichte Argumente.

Entgegen den Erwartungen sind die ausländischen Direktinvestitionen in Rußland mit rund 2 Mrd. US-\$ im Jahre 1995 auf einem sehr niedrigen Niveau verblieben; sie entsprachen 0,33% des BIP bzw. 2,2% der volkswirtschaftlichen Investitionen.<sup>11</sup> Ein spürbarer Anstoß für die Wirtschaftsentwicklung ging davon nicht aus. Umgekehrt ist von einer Kapitalflucht in Höhe mehrerer Mrd. US-\$ pro Jahr die Rede. Gründe dafür sind das unsichere "Investitionsklima", das vor allem kleinere westliche Unternehmen, für die ein Mißerfolg existenzbedrohend wäre, von einem Engagement abschrecken dürfte sowie die noch geringe Aufnahmefähigkeit des russischen Binnenmarktes, was Rußland als Absatzmarkt für westliche Großkonzerne wenig attraktiv macht.

Warum die wirtschaftliche Transformation in Rußland (aber auch in den meisten GUS-Staaten) deutlich weniger erfolgreich verläuft als etwa in den baltischen Staaten, in Vietnam und in der Volksrepublik China hängt neben wirtschaftsstrukturellen Unterschieden auch mit Unterschieden in der Entschlossenheit zur wirtschaftlichen Veränderungen zusammen. Während in den erfolgreicheren

<sup>9</sup> Auch abgesehen vom Beispiel Rußlands muß vor einer Überbewertung der außenwirtschaftlichen Öffnung für den Erfolg der Wirtschaftsentwicklung eines Transformations- oder Entwicklungslandes gewarnt werden, da weder die Strategie der "importorientierten Entwicklung" noch die "exportgestützte Entwicklung" für die Initiierung und Aufrechterhaltung eines Wachstumsprozesses garantieren können. Vgl. dazu U. Busch, Kapitalimport und Entwicklung: Ungarische Erfahrungen, in: Utopie kreativ, 63, 1996, S. 48-61.

<sup>10</sup> Vgl. R. Götz, Die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der Sowjetunion als Hypothek für die Systemtransformation in Rußland, in: Berichte des BIOst, 8, 1994.

<sup>11</sup> Im Jahre 1995 betragen gemäß amtlicher russischer Statistik das BIP 1.659 Billionen Rubel bzw. zu Kaufkraftparitäten 601 Mrd. US-\$ und die Bruttoanlageinvestitionen 250 Billionen Rubel bzw. 90 Mrd. US-\$ (das entspricht einer Investitionsquote von 15%); Vgl. Interfax/CIS Statistical Report, 4-5, 1996, S. 2.

Ländern schnelle und entschiedene Reformschritte durchgeführt wurden, die den Namen "Schocktherapie" verdienen, hat Rußland - im Gegensatz zur Meinung vieler Kritiker der Reformpolitik unter Jelzin - eine graduelle Reform verwirklicht.<sup>12</sup>

### **Wirtschaftspolitische Alternativen und wirtschaftliche Interessen**

In der Bevölkerung ist, wie eingangs schon ausgeführt, der Rückhalt Sjuganows vor allem bei den "Transformationsverlierern" zu suchen, zu denen sich möglicherweise mehr als die Hälfte der Bevölkerung zurechnen. Jedoch sind in diesen Kreisen ebenso patriotische Einstellungen verbreitet, an die außer Sjuganow auch Schirinowski und Jelzin appellieren und so einen Teil dieses Wählerpotentials auf sich ziehen. Der Wahlausgang ist daher aus einer Analyse der sozialen Lage der Wählerschaft nicht ohne weiteres ableitbar.

Im Folgenden werden einige Anmerkungen zur möglichen Unterstützung der hauptsächlich wirtschaftspolitischen Alternativen durch die russische Wirtschaft gemacht.

Unter den Wirtschaftsbereichen kann sich die Rüstungsindustrie, die unter Jelzin etwa 80% ihrer Aufträge verlor, von einer Regierung unter Sjuganow wesentliche Unterstützung erwarten.<sup>13</sup> In etwas abgeschwächtem Ausmaß gilt dies auch für die anderen Bereiche der verarbeitenden Industrie, die sich von einer mehr protektionistischen Außenwirtschaftspolitik Vorteile versprechen. Allerdings haben diejenigen Unternehmen, die teilweise mit dem neu entstandenen Bankkapital verflochten bzw. von ihm beherrscht sind, bereits andere Perspektiven: die russischen Banken beginnen allmählich, in die verarbeitende Industrie zu investieren, da sie dort das Gewinnpotential der Zukunft erblicken.<sup>14</sup> Nicht umsonst haben einige ihrer Vertreter ("Brief der 13") an beide Seiten (Sjuganow und Jelzin) nachdrücklich appelliert, zur Vermeidung einer Spaltung der Gesellschaft mit der Gefahr eines Bürgerkrieges, ihre Gegnerschaft nicht zu weit zu treiben und Kompromisse einzugehen.<sup>15</sup>

Die weitgehend unreformierte Landwirtschaft verspricht sich von einem Präsidenten Sjuganow die Fortführung oder sogar Verstärkung der Agrarsubventionen. Dagegen hat Jelzin durch seinen Erlaß über die private Nutzung von Hofland und Gartengrundstücken einen Teil der Bevölkerung an sich zu binden gesucht.<sup>16</sup>

Im breiten Sektor des Kleingewerbes und der privaten Dienstleistungen dürfte man mit Mißtrauen auf die unklaren Andeutungen Sjuganows über sein Verhältnis zum Privateigentum reagieren, da der "Kampf gegen das Spekulantentum" innerhalb der kommunistischen Programmatik nicht fernliegt. Vor allem aber dürfte man in den Kreisen der Großbanken, über deren Nationalisierung schon spekuliert wurde, dem Wahlausgang mit Sorge entgegensehen.<sup>17</sup>

Für die großen Monopolisten der Rohstoffwirtschaft, vor allem den russischen Gaskonzern Gasprom, die Kohlekonzerne und einen Teil der Ölfördergesellschaften wird sich bei einem Regierungswechsel vermutlich nicht viel ändern. Anders sieht es wohl bei den kleineren Ölförder- und

---

<sup>12</sup> Diese Meinung, die freilich nicht unumstritten ist, vertreten am prägnantesten Autoren wie und A. Łslund und A.N. Illarionov; vgl. A. Łslund, Reform vs. 'Rent-Seeking' in Russia's Economic Transformation, in: Transition, 1, 1996, S. 12-21; A. N. Illarionov, 'Shock therapy' works, if properly implemented, in: The Financial Times, 17.5.1996, S. 18.

<sup>13</sup> Freilich bemüht sich auch Jelzin darum, der Rüstungsindustrie bessere Perspektiven zu eröffnen und scheint dabei zumindest bei einem Kreis größerer Rüstungsbetriebe auf Verständnis und Unterstützung zu stoßen. Vgl. dazu V. Litovkin, in: Izvestija, 16.4.1996, S. 1.

<sup>14</sup> Z.B. engagiert sich die Bank "Menatep" durch Investitionen und Unterstützung bei der Umstrukturierung der in der Holding "Russkij produkt" zusammengeschlossenen Betriebe der Nahrungsmittelverarbeitung, vgl. Business Moskovskie novosti, 18-19, 1996, S. 14.

<sup>15</sup> Der Aufruf "Vyjti iz tupika" (Heraus aus der Sackgasse) wurde veröffentlicht in Segodnja, 27.4.1996, S. 1. Er ist unterschrieben von den Chefs mehrerer Großbanken, Ölfirmen und Industriekonzernen.

<sup>16</sup> Ukas des Präsidenten "O realizacii konstitucionnych prav graždan na zemlju" vom 7.3.1996, in: Rossijskaja gazeta, 12.3. 1996, S. 5.

<sup>17</sup> Vgl. I. Bubnov/P. Vostrikov, Die Verstaatlichung der Geschäftsbanken in Rußland: Eine russische Sicht, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 22, 1996.

Bergbaugesellschaften aus, die sich im privaten bzw. Eigentum von regionalen Machtgruppierungen befinden und befürchten müssen, wieder zentraler Kontrolle unterstellt zu werden.

Legt man das Anlagevermögen oder die Beschäftigtenzahlen zugrunde, so sind diejenigen Branchen und Wirtschaftsbereiche, die von einem Wahlsieg Sjuganows bzw. einer darauf aufbauenden Wirtschaftspolitik der "Isolation" eindeutig profitieren würden, nämlich die Rüstungsindustrie und die Landwirtschaft, klar in der Minderheit. (In der zivilen verarbeitenden Industrie ist die Interessenlage uneinheitlich.) Man könnte daraus - bei aller Vorsicht - den Schluß ziehen, daß auch die gesellschaftliche Basis einer rückwärtsgewandten Wirtschaftspolitik entsprechend gering ist.

Roland Götz